



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Pettizelle 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belastungsregister.

**Inhalt:** Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Breslauer Brief. — Die Lohnbewegung bei der Firma F. B. Bachem (Pfälzische Volkszeitung) und die Wahrheitsliebe des Generalissimus Hornbach vom „christlich“ graphischen Verbändchen. — Tarifabschluß in Regensburg. — Achte Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Rundschau. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. — Briefkasten. — Anzeige. **Beilage:** Pflichten, Leiden und Freuden eines Vertrauensmannes. — Korrespondenzen (Dresden, Mainz). — Literatur.

## Mitteilungen des Verbands- vorstandes.

Der Zustand der Dresdner Kolleginnen dauert unverändert fort.

Zuzug von Buch- und Steindruckerei-  
Hilfspersonal nach Dresden und Um-  
gebung ist streng fernzuhalten.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

## Breslauer Brief.

Wir leben im Zeichen der Rückblicke! Wohl niemand dürfte es verabsäumen, an der Schwelle eines neuen Jahres zurückzublicken auf das vergangene, um zu prüfen, ob ihm dasselbe alles das gebracht, was er bei Beginn gehofft und zu erreichen bestrebt war. So wie der tüchtige Kaufmann am Schlusse des Jahres das Soll und Haben mit bedächtigem Sinn prüft, so müssen auch wir zur selben Zeit unsere Tätigkeit einer Durchsicht unterziehen, um festzustellen, was wir im verflossenen Jahre erreicht haben, ob unsere Bemühungen von Erfolg waren, oder ob sich hier oder dort irgend welche Fehler an der Arbeit herausgestellt haben.

Jede Kollegin, jeder Kollege möchte es sich zur Pflicht machen, am Jahresschluß Bilanz zu ziehen, um festzustellen, ob ihre wirtschaftlichen Verhältnisse eine Aufbesserung erfahren haben. Wenn auch leider das Resultat immer dasselbe sein wird: ihr werdet Sorge und Kummer um die euren, die ihr ernähren müßt, in euren Büchern verzeichnet finden. Eure einzige Warte, die Arbeitskraft, wird immer weniger, und die Mittel, sie zu erhalten, sie zu kräftigen, werden immer kostspieliger, und ihr wißt nicht, wo ihr dieselben hernehmen sollt. Das ist allerdings eine schlechte Bilanz, und da ihr dieselbe stets im voraus wißt, unterläßt ihr die Abrechnung überhaupt, und das ist eben der Fehler.

Gerade solche Bilanzen geben Veranlassung zum Nachdenken, auf welche Weise eine Aufbesserung möglich ist, und ihr werdet stets zu dem Resultat gelangen, daß dies nur durch eine starke Organisation zu erreichen ist, weil der Kapitalismus, die heutige göttliche Weltordnung, unserer Gesellschaft, die Ursache solcher Bilanzen ist, für den sich viele hunderttausend fleißige Hände regen

müssen, um Bilanzen zu schaffen, die ihm gestatten, ein genußreiches Leben zu führen, demgegenüber wir aber manchmal nicht wissen, womit wir uns das Brot bestreichen sollen. Und da stehen die Gleichgültigen da und merken es nicht, daß diese Art Geschäftspraktik zusehends überhand nimmt, sich damit tröstend, „daß es schon immer so war“.

Da dieser Brief ein Rückblick sein soll, so soll auch gleich hier erwähnt werden, daß der sonst so frische belebende Hauch in der Organisation von einer drückenden Atmosphäre verdrängt worden ist, deren Ursprung nach der einen Richtung hin in den geringen Löhnen und der fast userlosten Ausnützung unserer Arbeitskraft zu suchen ist, nach der anderen Seite aber hervorgerufen wurde durch das beklemmende Gefühl, heute oder morgen wegen Mangel an Arbeit auf die Straße gesetzt zu werden, was hier unter der beruhigenden Bezeichnung „Aussehen“ modern geworden ist. Wenn wir weiter über die Entwicklung unserer Organisation Bilanz ziehen, so können wir sagen, es geht trotzdem vorwärts, wenn auch einige dürre Zweige vom Baum der Solidarität abgefallen sind, oder abgeschnitten werden mußten. Neue, frische und fruchttragende werden für diese entstehen, so wie beim Naturgescheh, welches ein fortwährendes Kommen und Gehen vorschreibt, obgleich dieser Prozeß für die Organisationsentwicklung nicht grade von Vorteil ist.

Ein Jahr emsiger agitatorischer Arbeit liegt wieder hinter uns und bedeutend waren die Hindernisse, welche sich uns bei unseren Bestrebungen entgegen stellten und vielleicht auch in diesem Jahre wieder entgegen stellen werden.

Der 1. Februar brachte uns den lang ersehnten Tarif (das langersehnt liegt natürlich auf der anderen Seite. D. G.). Besonders stolz brauchen wir auf diesen Tarif nicht zu sein, aber die Erfahrung, die wir damit gemacht haben und noch machen werden, wird dazu beitragen, bei dem nächsten Tarifabschluß etwas Besseres zu schaffen. Tarife werden in der Regel abgeschlossen, um den Frieden im Gewerbe auf bestimmte Zeit festzuhalten, von den Unternehmern aber noch besonders bezwungen, weil sie dadurch sich vor etwaigen Lohnzulagen geschützt fühlen und jeden diesbezüglichen Antrag unter dem Hinweis auf die tariflichen Vereinbarungen ablehnen können. Diese Behauptung fand kürzlich ihre Bestätigung durch die Mitteilung, daß an den vereinbarten Lohnsätzen bis zur festgesetzten Zeit nicht „gerüttelt“ werden darf. Am 1. Februar ist der Tarif abgeschlossen worden, inzwischen aber haben die herrschenden Klassen und ihre Erbanen schwere Steuern auf Verbrauchsgegenstände und Lebensmittel gelegt. Fleisch ist bereits auf den Lischen der verheirateten Kolleginnen und Kolleginnen zur Seltenheit geworden und wird es auch bleiben, selbst nach Abschaffung der Schlachtsteuer, denn als Ersatz für diese sind bereits neue Steuern geplant, durch welche hauptsächlich die Haus- und Grundbesitzer belastet werden, die sich wiederum an den Mietern schadloß dafür hatten werden

und zwar in der bekannten Weise, indem nämlich noch ein bedeutender Profit für die ersteren dabei abfällt.

Unter diesen Umständen, wertere Kollegen und Kolleginnen, wird ohne Zweifel im laufenden Jahre eine Verschlechterung eurer ohnedies schon traurigen Lage eintreten und wir haben alle Ursache, an den weiteren Ausbau unserer Organisation mit rastlosem Eifer heranzugehen. Dazu sind aber die leitenden Personen nicht allein imstande, sondern dabei muß jeder Einzelne mitarbeiten, jeder muß neue Mitglieder zu werben versuchen. Es genügt nicht, nur Mitglied zu sein, seine Beiträge zu bezahlen und dann befriedigt die Hände überm Bauch zu falten, mit dem Bewußtsein, eine große Tat vollbracht zu haben. Wenn wir als eure Führer und Berater wissen, eine starke, gut disziplinierte und mitarbeitende Organisation hinter uns zu haben, dann sind wir auch in der Lage, vorteilhaftere Tarife abzuschließen zu können, durch welche sich eine plötzlich eintretende Teuerung nicht so fühlbar macht, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Noch arbeiten viele unter euch, die den Nutzen der Organisation noch nicht eingesehen haben oder nicht einsehen wollen. Die in Druckerei-Versammlungen nicht erscheinen, die sich bei der Hausagitation als „nicht zu Hause“ verweigern lassen, und zwar deswegen, weil sie stichhaltige Gründe für ihre Indifferenz nicht angeben können. Solchen Kollegen und Kolleginnen müßt ihr die Vorteile der Organisation täglich vor Augen führen, und zwar auf dem Wege von und zu der Arbeitsstätte, müßt sie besonders darauf hinweisen, daß der A. zehn Wochen arbeitslos, der B. fünf Wochen krank war und infolge ihrer Zugehörigkeit zum Verbands, durch die Unterstützung, die derselbe gewährt, wenigstens vor der äußersten Not geborgen waren. Auch die Kolleginnen müssen darauf aufmerksam gemacht werden, daß, wenn diese oder jene einem freudigen Ereignis, wenn man das in unserem Stande so nennen darf, entgegensteht, auch hier der Verband mit einer einmaligen Unterstützung helfend eintritt, und bei all diesen Einrichtungen die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht außer acht läßt.

Kollegen und Kolleginnen! Zum Schluß noch ein Wort zur rechten Zeit und am rechten Platz: Nicht nur Mitglieder werden wollen wir, sondern wir müssen auch bestrebt sein, dieselben der Organisation zu erhalten. Aber gerade in dieser Beziehung wird auf beiden Seiten viel gesündigt, das kollegiale Zusammenarbeiten läßt noch viel zu wünschen übrig. Durch das Zusammenarbeiten zweier Geschlechter, die beide unter dem gleichen Druck, unter demselben Joch zu leiden haben, sollte sich eigentlich eine viel festere, eine nach Aufbesserung strebende Zusammengehörigkeit von selbst ergeben. Einer soll in dem anderen einen Leidensgefährten erkennen und aus dieser Erkenntnis heraus sich geloben, alles daran zu setzen, um ein menschenwürdiges Dasein, brüderliche Einträchtigkeit für sich und alle Berufsangehörigen herbeizuführen. Unter diesen

Gesichtspunkt wollen wir im neuen Jahre arbeiten. Wollen ist können! Diese Devise soll für alle Zeit unser Leitstern sein, wenn wir uns und unsere Organisation vor Schaden bewahren wollen.

## Die Lohnbewegung bei der Firma J. P. Bachem (Kölnische Volkszeitung) und die „Wahrheitsliebe“ des Generalissimus Hornbach vom „christlich“ graphischen Verhändchen.

II.

In einer von über 100 Kollegen und Kolleginnen besuchten Versammlung, die am 21. November stattfand, referierte zunächst Herr Dr. Erdmann über das Thema „Im Wandel der Weltanschauungen“, wofür dem Referenten reicher Beifall gezollt wurde. Kollege Krumpfert berichtete sodann über den Verlauf der Lohnbewegung, wobei er die vorher bestandenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse Revue passieren ließ und das verlogene Gebaren der Macher vom „christlichen“ Verbändchen gebührend brandmarkte, jedoch selbst der antwortende Vertreter Hornbachs nicht einmal den Mut fand, für seinen Häuptling eine Lanze zu brechen. Jedenfalls aus dem einfachen Grunde, weil er sich selbst von der Unhaltbarkeit des erschwundenen Erfolges überzeugt haben mochte und ihm zum weiteren Schwindeln der Resonanzboden zu fehlen schien. Mit Absicht brachten wir hierüber keinen Bericht und warteten ab, was uns die „Graphischen Stimmen“ an neuen Verleumdungen mit der ihr eigenen Verlogenheit bringen würden. Wie wir auch gar nicht anders erwarteten, gingen die Leutchen auf den Leim und brachten zunächst einen mit Verleumdungen und Verdrehungen gespickten „Bericht“, der sich fast ausschließlich mit dem Vortrage Dr. Erdmanns beschäftigte und die größten Fälschungen enthielt. Doch darüber noch später. Das, was über Hornbach und den „Erfolg“ seines Verbändchens gesagt worden war, verschwieg man aus leicht begreiflichen Gründen mit der verlogenen Ausrede, „auf die Verkleinerung christlicher Erfolge“ nicht eingehen zu wollen. Auf jeden Fall wären die in seinem Verbändchen Organisierten auf ihre Kosten gekommen, bewege sich doch nunmehr deren Lohn von 25,50 bis 27 Mk. Das glauben wir diesen Machern gern, zumal sie hierbei die Buchbinder mit eingerechnet haben. Dann heißt es weiter:

„Auch können wir dem Herrn Gauleiter Krumpfert verraten, daß wir schon, bevor er bei der Firma J. P. Bachem vorstellig wurde, ein Schriftstück in Händen hatten, das auch eine Erhöhung der Löhne anderer Abteilungen garantierte“, getreu dem Grundsatz: Schwindler nur ruhig drauf los, etwas bleibt ja doch hängen. Und so wurde der „Erfolg“ stufenweise aufgebildet, bis man dann am Gipfel aller Gemeinheit angelangt war. Nachdem wir aus berufener Munde die Erklärung hatten, daß nur fünf Mann je 1 Mk. Lohnzulage bekommen hätten und 14 Tage später ein verheirateter Kollege mit 18 Mk. Wochenlohn eingestellt wurde, da verraten uns nun die „Wahrheitsliebenden Christen“, eine schriftliche Versicherung in den Händen zu haben! sic. — Wer ihnen das glaubt, der kann wahrhaftig nur unter der irreführenden Gefolgschaft Hornbachs gefunden werden. Dem gegenüber stellen wir die Tatsache, daß trotz der Versicherung bis zum 30. Oktober — also vier Wochen später — das gesamte Hilfspersonal, „außer den fünf“, keine Lohnzulage erhalten hatten. Und weshalb bekamen nur die fünf Zulage? Weil Hornbach nicht mehr als fünf deutsche Reichsmark herausquetschen konnte und dann den pompösen Schwindler fabrizieren mußte, um seine Mitglieder bei d Stange zu halten, damit das Häuflein nicht noch mehr zusammenschumpft. Dieser jesuitische Schwindler war nun darauf zugeschnitten, auf den Mitgliederfang auszugehen und einer Nichtigstellung unsererseits gleich anfangs die Spitze abzubereiten.

Zu solchen unfauberen Mitteln zu greifen haben nur jene notwendig, die über ein anderes Zugmittel ihrer Organisation nicht verfügen und sich naturnotwendig vom Schwindel nähren müssen.

Wie schon erwähnt, waren bis zum 30. Oktober, an dem wir unsere Forderungen eingereicht und auch die erste Verhandlung hatten, keinerlei Lohnzulagen erfolgt. Mit Genugtuung konnten wir dagegen konstatieren, daß nach unserer ersten Verhandlung einige Tage später ein noch lebiger Kollege zu derselben Arbeit nicht mit 18 Mk., sondern mit 21 Mk. eingestellt wurde und der erstere sofort 1,50 Mk. Zulage erhielt.

Am Montag, den 8. November, fand die zweite Verhandlung statt und erst nach dieser folgte am nächsten Samstag, den 13. November, das Resultat, daß unsere Kollegenchaft Lohnzulagen in Höhe von 1 Mk. bis 3,60 Mk. pro Woche und einige ab 1. Januar eine weitere Zulage von 2 bis 3 Mk. bekamen. Letztere deshalb, damit sie den ihrem Alter entsprechenden Lohn erreichten, wie er im Tarif der städtischen Arbeiter vorgelesen ist und der als Grundlage genommen worden war. Den darin entfallenden Maximallohn von 25 Mk. sollte jeder Hilfsarbeiter mit dem 28. Lebensjahre erhalten, die ihn noch nicht erreicht hatten, bekamen dementsprechende Aufbesserungen. Für zu leistenden Nachdienst wird nunmehr eine besondere Entschädigung von 1,50 Mk. pro Woche gezahlt. Diese Errungenschaft, die durch das geschlossene Vorgehen unserer Kollegenchaft mit Hilfe der Organisation herbeigeführt werden konnte, kam nunmehr allen Hilfsarbeitern zugute, auch denen, die schon längst auf die von Hornbach erreichten 2 Mark pro Woche vergebens gewartet hatten.

Wenn nun auch manche Kollegen eine besondere Zulage — außer der Nachdienstentschädigung — nicht erhielten, so war es mehr ein Zug der Gerechtigkeit, vor allen erst derer zu gedenken, deren Löhne noch sehr niedrig und vollkommen unzureichend waren. Außer diesen Lohnaufbesserungen erhalten jetzt alle Hilfsarbeiter für Ueberstunden 25 und 50 Prozent Lohnaufschlag. Ebenso werden jetzt allen die Feiertage „Fronleichnam“ und „Allerheiligen“ vollbezahlt. Falls wir alles zusammen und denken wir daran, daß diese Verbesserungen einen jährlichen Mehraufwand von etwa 10 000 Mark erfordern, dann ist das Erreichte ein Erfolg, auf den stolz zu sein die Kollegenchaft alle Ursache haben kann. Wer nun mit fühndem Herzen noch Sinn für Kummer und Kerger hat, der wird es Herrn Hornbach nachempfinden, wie schmerzlich es für ihn sein mag, weil wir es nicht unüberdrossen zulassen, daß er diesen Erfolg an das feuchte Schnupftüchel seines Verbändchens heften kann. Vor Mut schmeißend, von unbegreifbarem Haß und Neid erfüllt, unternimmt er erneut den Versuch, den raffinierten Humbug sich so zurechtzufügen, daß jeder Zweifel ausgeschlossen sein soll, was ihm aber schmachlich vorbei gelungen ist. In Nr. 26 der „Graphischen Stimmen“ läßt sich Herr Hornbach wie folgt vernehmen. Er schreibt: „Da Herr Krumpfert aus eigenem nichts bringen konnte, da nimmt er vom Nachbar — der nämlich nichts erreicht, aber einen fatalen Reinfall erlitten hatte — um sich mit dessen Federn zu schmücken.“ Wir danken für Federbruch von solchem Geflügel, der wohl „ein starker Hahn“, aber sonst nur die Rolle eines schimpfenden Hohnspäßen zu spielen versteht. „Und die Wahrheit!“ — so überstürzt er sich mit Beweisen. — Die Verbesserungen für die Hilfsarbeiter bei der Firma J. P. Bachem sowohl in der Buchdruckerei als auch in der Buchbinderei, verdanken die Kollegen „nur allein dem Eintreten des Kollegen Hornbach“. Wir sind ermächtigt, jede andere Deutung als Lüge zu bezeichnen.

Wer hat denn diesen Bruder in Christo ermächtigt? Soll das etwa die Firma gewesen sein? Das wäre ja für Herrn Hornbach und seine christliche Gewerkschaft ein ganz besonderes Vertrauensvotum! Wir dagegen sind nicht in der glücklichen Lage, uns selbst die Unterstützung, dafür besitzen wir aber in überreichem Maße das

Vertrauen der Hilfsarbeiterchaft und damit begnügen wir uns vollkommen. Wenn es nun für Herrn Hornbach nur so ein Jongleurstückchen war, mit fünf organisierten Hilfsarbeitern für 140 Lohnerbhöhungen herauszuholen, die einen jährlichen Mehraufwand von fast 10 000 Mark erfordern, dann sind wir auch begierig, zu erfahren, weshalb nicht schon früher durch Eintreten des „starken Mannes“ die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Hilfspersonals eine bringend notwendige Aufbesserung erfahren konnten? Ließen sie doch schon seit vielen Jahren in jeder Beziehung nichts weniger als sehr viel zu wünschen übrig. Sie waren jenem „Bernegroß“, als einem mit den Verhältnissen sehr gut vertrauten, schon seit Jahren bekannt, ohne daß er auch nur den Versuch gemacht hätte, für unsere Kollegenchaft bessere Verhältnisse zu schaffen. Das beweist jedenfalls zur Genüge, wie man sich um die Interessen der Hilfsarbeiter bemühte und was man von dieser Art „Arbeiterführer“ zu halten hat. Auch hierfür dürfte eine Erklärung ganz leicht zu finden sein, die darin bestehen dürfte, daß jene „Arbeiterführer“ nicht anders können, als solche Betriebe wie ein Blümchen Rührmichnichtan zu behandeln. Andernfalls würde ihnen begreiflich gemacht werden, wie Theorie und Praxis zu einander in Einklang zu bringen sind. Lassen wir deshalb die Lohn- und Arbeitsverhältnisse folgen, wie sie vor unserem Vorgehen noch am Anfang November vorigen Jahres bestanden, dann wird Herr Hornbach im ganzen Glorienschein seiner geheuchelten „Arbeiterfreundlichkeit“ glänzen können. Zumal er noch beteuert, es treu und ehrlich mit unserer Kollegenchaft zu meinen. — Dagegen magt er sich an, die Vertreter unseres Verbandes in ordnärster Weise zu beschimpfen und sie noch obendrein als Lügner und Betrüger hinzustellen, obgleich sie für die Kollegenchaft in materieller und wirtschaftlicher Beziehung Großes geschaffen haben, was dieses Organisationsdöner — aus eigener Kraft und Stärke — niemals erreichen kann, weil eben zu ihr und den Führern das Vertrauen fehlt und ob einer solchen niedrigen Kampfweise noch weiter schwinden muß.

## Tarifabschluß in Regensburg.

Die von unserem Gauleiter Schmid eingeleitete Tarifbewegung in Regensburg hat auf friedlichem Wege zu einem für unsere Kollegenchaft erfreulichen Resultat geführt. In den Verhandlungen wurden folgende Lohnsätze neben der Anerkennung der „Allgemeinen Bestimmungen“ festgesetzt:

Lohntarif für Buchdruckerei-Hilfs-Arbeiter und Arbeiterinnen in Regensburg.

Hilfsarbeiter mit nachweislich einjähriger Tätigkeit im Gewerbe: im Alter von 16 Jahren 12 Mark, im Alter von 18 Jahren 15 Mk., im Alter von 20 Jahren 18 Mk., im Alter von 24 Jahren 20 Mark. Anfänger im ersten Jahre 2 Mk. weniger. Hilfsarbeiter, welche obige Lohnsätze bereits erreicht haben, erhalten eine 25prozentige Zulage, soweit eine solche Aufbesserung nicht innerhalb der letzten drei Monate erfolgte.

Hilfsarbeiterinnen, Auslegerinnen und sonstige Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahren 7 Mk., über 16 Jahre im 1. Berufsjahre 7,50 Mk., im 2. Berufsjahre 9 Mk. Einlegerinnen (Anfängerinnen) im 1. Berufsjahre 7,50 Mk., im 2. Berufsjahre jedes Vierteljahr 50 Pf. mehr. Geübte Einlegerinnen im 2. Berufsjahre 11 Mk., im 3. Berufsjahre 12 Mk. Puntziererinnen 1 Mk. mehr.

Hilfsarbeiterinnen, welche obige Lohnsätze bereits erreicht haben, erhalten eine Zulage von 1 Mk. pro Woche, soweit eine solche Aufbesserung nicht innerhalb der letzten drei Monate erfolgte.

Die oben festgesetzten Löhne gelten als wöchentliche Minimallohne; alle anderen Bestimmungen betreffend Arbeitszeit usw. finden durch die in den Betrieben bestehenden Arbeitsordnungen ihre Regelung.

Der Tarif tritt an dem der Anerkennung nachfolgenden Tag in Kraft und bleibt in Wirksamkeit bis zum 31. Dezember 1911. Wird derselbe von einer der vertragsschließenden Par-



zeien nicht mindestens drei Monate vor Ablauf gekündigt, so kauft er stets ein Jahr stillschweigend weiter.

Regensburg, den 3. Januar 1910.  
(Folgen 10 Unterschriften.)

Der definitive Abschluß erfolgt im Laufe dieser Woche. Wir können unserer Regensburger Kollegenchaft zu ihrem schönen Erfolge gratulieren, der sie durch ihr kräftiges Einstehen für ihre Organisationsaufgaben errungen haben.

## Achte Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 20. und 21. Dezember waren die Vertreter der Verbandsvorstände zu einer zweektägigen Beratung in Berlin versammelt. An erster Stelle führten die Bewegungen der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Grubenrevier und der Baugewerbe im kommenden Frühjahr zu einer gemeinsamen Aussprache, wodurch diese Angelegenheiten ihre Erledigung fanden.

Sichtlich des Ende August 1910 in Kopenhagen stattfindenden Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses wurde beschlossen, prinzipiell auch für diesmal an der paritätischen Vertretung von Partei und Gewerkschaften festzuhalten. Jede der beiden Gruppen soll durch 10 Delegierte vertreten sein.

Bezüglich der internationalen Verbindungen wird über den Stand der Angelegenheit der deutschen Delegation nach England und über den durch den Besuch Gompers' in Europa eingeleiteten und vom amerikanischen Gewerkschaftskongress in Toronto beschlossenen Beitritt des nordamerikanischen Arbeiterbundes zum internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen berichtet. Wenn die Generalkommission zum Empfang Gompers' in Berlin außerordentliche Veranstaltungen traf, so galt dies sowohl dem Delegaten des großen nordamerikanischen Arbeiterbundes als auch der Bedeutung, die der Anschluß des letzteren an die Gewerkschaften Europas habe. Der Erfolg habe gezeigt, daß dieses seit Jahren erstrebte Ziel erreicht wurde. Gegenüber den Hinweisen auf Gompers' Stellung zur Sozialdemokratie und seiner Zugehörigkeit zur Civic Federation müsse betont werden, daß wir uns in Deutschland auch nicht von außen in unsere Taktik und unsere inneren Einrichtungen hineinreden lassen. Das gleiche Recht müssen wir auch anderen Ländern zugestehen. Jede andere Taktik könne den internationalen Zusammenschluß nur vereiteln. Zweifellos werde aber die Entwicklung der Dinge in den Vereinigten Staaten dahin drängen, daß auch die dortigen Gewerkschaften den von uns gewählten Weg ganz von selbst einschlagen. Ferner wird über die neuen Auseinandersetzungen mit der französischen Landeszentrale anlässlich der spanischen Unruhen berichtet. In der Debatte wird von keiner Seite das Verhalten der Generalkommission in der Gompersangelegenheit kritisiert, dagegen sprechen mehrere Redner ihre Mißbilligung über die seitens einiger Parteiorgane erfolgten Angriffe auf Gompers und die Generalkommission aus, die mit der bekannten Devise, daß Partei und Gewerkschaften „eins“ seien, recht wenig harmonierten. Es wird jedoch festgestellt, daß es sich bei diesen Ausfertigungen keineswegs um offizielle Parteifundgebungen gehandelt habe.

Sodann wurde über die „Gewerkschaftlichen Unterrichtskurse“ und über die einheitliche Regelung des Diäten- und Bücherbezuges eingehend beraten. Es wurde hierbei beschlossen, neben den Diäten ein angemessenes Wohnungsgeld zu zahlen, das auf 30 Mk. pro Monat (45 Mk. für den sechswochenlichen Kursfuß) festgesetzt wurde. An Diäten sollen den auswärtigen Kursjustiznehmern 6 Mk., den in Berlin und Umgebung Wohnenden 3 Mk. pro Tag gezahlt werden. Die Entschädigung des versäumten Arbeitsverdienstes bleibt der Festsetzung jedes Verbandsvorstandes überlassen. Ferner wird den Teilnehmern ein Zuschuß zur Beschaffung von Büchern in Höhe von 40 Mk. gewährt, die je zur Hälfte von dem Verbandsvorstand und der Generalkommission getra-

gen wird. Die Auszahlung der Diäten und eventuell eines Reisevorschlusses soll auf Rechnung der in Betracht kommenden Verbände aus der Kasse der Generalkommission erfolgen. Diese Festsetzungen treten vom ersten Herbstkursus 1910 ab in Kraft. Es steht den Verbandsvorständen frei, schon vorher davon Gebrauch zu machen.

Einige vom Reichsstatistischen Amte gewünschte Änderungen in den Erhebungsformularen zur Tarifstatistik werden der statistischen Kommission zur Prüfung überwiesen. Zur Frage der Verzinsung von Darlehen, die zwischen Gewerkschaften aufgenommen werden, wird beschlossen, daß dieselben zu verzinsen sind. Das gilt auch für Darlehen, die seitens der Generalkommission gewährt werden. Die Höhe des Zinsfußes ist von Fall zu Fall zu vereinbaren. Sodann wird über den Stand der Vorarbeiten zur Errichtung einer sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission berichtet. Dieselbe soll spätestens am 1. April 1910 in Tätigkeit treten. Als Leiter derselben ist Genosse Robert Schmidt, seither Zentralarbeitssekretär, bestimmt. Eine zweite Kraft für die sozialpolitische Abteilung ist in Aussicht genommen. Weiterhin wird durch Uebernahme der Zentralkommission für Bauarbeiter-schutz Genosse Heintze-Hamburg in das Bureau eintreten. Dazu soll eine weibliche Bureauhilfskraft angestellt werden. Aufgabe der sozialpolitischen Abteilung soll sein, aus Gewerkschaftskreisen die notwendigen Materialien für die sozialpolitische Gesetzgebung zu beschaffen und besonders auch die Rechtsprechung eingehend zu verfolgen.

Ueber die gewerkschaftliche Abteilung des Pressebureaus kann berichtet werden, daß dieselbe sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens aufs Beste bewährt hat. Inmehrin läßt die Berichterstattung einzelner Vorstände noch Lücken erkennen; auch sollte Wert auf möglichst schnelle Mitteilungen gelegt werden. Die Frage, ob das Pressebureau auch die Berichterstattung über die Verbandstage in die Hand nehmen könne, wird als noch nicht spruchreif erachtet. Den Vorständen sei zu empfehlen, diese Berichterstattung jeweils selbst zu organisieren, dann würden diese Berichte, wie jede andere Nachricht durch das Pressebureau verbreitet werden.

Die Anstellung eines Agitationsbeamten für Ostpreußen findet nicht die Zustimmung der Konferenz. Ein Antrag betreffend Uebertrittsfragen wird der nächsten Konferenz überwiesen, ebenso eine Interpellation betreffs der Unterstützungsansprüche doppelt organisierter Mitglieder. Den Verbänden wird empfohlen, den aus Jugendorganisationen zu den Gewerkschaften übertretenden Mitgliedern das Eintrittsgeld zu erlassen und die gezahlten Beiträge anzurechnen.

Zum Schluß fand eine Besichtigung der in den Räumen der Generalkommission veranstalteten dauernden Ausstellung von Verbandsmaterialien statt, deren Besuch jedem sich legitimierenden Verwaltungsmitglied der angeschlossenen Gewerkschaften freisteht.

## Rundschau.

In den Schlingen des § 153 verfang sich die Vorsitzende unserer Zahlstelle Mannheim-Ludwigs-hafen, Kollegin Mathilde Stiefel, womit wieder einmal der Beweis erbracht ist, wer die Kosten der Tarifein- und Durchführung zu tragen hat. Wir entnehmen darüber folgendes aus einem Bericht der Mannheimer „Volkstimme“:

Die Buchdruckerei Alfred Kay und ihre Tarifreue.

Recht oft schon kam es in der Druckerei von Alfred Kay zu Differenzen deshalb, weil die Firma die mit den Arbeiterorganisationen eingegangenen Tarifverträge gar zu sonderlich zum Nachteil der Arbeitenden auslegte. Die Streitigkeiten fanden nun vorerst wieder einmal im Gerichtssaal ihren Abschluß, da Herr Alfred Kay kleinlich genug war, gegen eine Frau Strafanzeige zu erlassen. Am 4. Januar kam hier vor dem Schöffengericht die Anklage, die auf ein Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung hinweist, zum Austrag.

Die Angeklagte, Frau Mathilde Stiefel, läßt durch die ganze Art ihrer Verurteilung zu der Anklage erkennen, daß man es mit einer sehr klugen

Frau zu tun hat, befeelt von einer ernsten Auffassung ihrer Pflichten als Vorsitzende. Ruhig und gelassen trägt sie die ganze Affäre mit Herrn Kay vor, von dessen Tariffreundlichkeit überhaupt die Buchdrucker kein Hohelied zu singen wissen. Im September vorigen Jahres gab es in der Druckerei Kay Differenzen, weil die Hilfsarbeiterinnen nicht die zwischen dem Buchdruckerverein (Prinzipalvereinigung) und ihrer Organisation vereinbarten Tariffträge erhielten. Drei Arbeiterinnen riefen das Tariffschiedsgericht an und Herr Kay wurde verurteilt, den Arbeiterinnen den tariflich vereinbarten Lohn zu zahlen. Er lehnte sich aber einfach nicht an den Schiedsspruch und die Vorsitzende Stiefel ließ nun den Arbeiterinnen die schriftliche Mitteilung zugehen, daß auf Grund dieser Weigerung vom Vorstand über die Druckerei die Sperre verhängt worden sei. Bis Dienstag, den 21. September, abends, hätten sie die Arbeit einzustellen. Am Schluß hieß es: „Zeigt, daß ihr noch Ehrgefühl besitzt und tretet vollzählig in den Ausstand. Wer fehlt, den werden wir in der „Volkstimme“ als Streikbrecher bekanntgeben.“

Die Angeklagte hält sich zu ihrem Vorgehen für durchaus berechtigt, denn Kay habe den Tarif anerkannt und sei auch demzufolge verpflichtet, für die ganze Tarifdauer vertragsmäßig zu bezahlen. Die Mädchen stehen zu einem Lohn von 5 und 6 Mark im ersten Jahre in der Druckerei, während der Tarif 7 Mark im ersten, 12 Mark im zweiten und 13,50 Mark im dritten Jahr vorschreibt. Der Deutsche Buchdruckerverein habe den deutschen Buchdruckertarif anerkannt und Kay sei demzufolge auch verpflichtet, die vom Buchdruckerverein getroffenen lokalen Tarifvereinbarungen mit den Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen anzuerkennen. Er habe sich aber dem Schiedsspruch nicht unterworfen und zwei Arbeiterinnen gekündigt, denen sie die Mitteilung habe zukommen lassen, daß sie Maßregelungsunterstützung erhalten würden.

Buchdruckereibesitzer Alfred Kay bestreitet, daß er den Tarif für die Hilfsarbeiterinnen anerkannt habe; er habe sich nur dem deutschen Buchdruckertarif unterworfen. Als sich die Bewegung zur Einführung auch eines Tarifes für die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Buchdruckerverein geltend machte, sei er aus demselben ausgetreten. „Wir haben ja bei den berühmten modernen gewerkschaftlichen Vereinbarungen überhaupt nichts mehr zu sagen; wenn einer unter den Prinzipalbesitzern einen scharfen Konkurrenten hat, dann ist man erst recht verdonnert.“ — Vorl.: Die Angeklagte hat auch mit Ihnen unterhandelt? — Zeuge Kay: Nein. — Angekl.: Doch; ich habe mich schriftlich an Sie gewandt. — Zeuge: Das weiß ich nicht; man bekommt ja so viele Schmähbriefe usw. Ich habe in dem Zirkular eine schwere Bedrohung meiner wirtschaftlichen Freiheit erblicken müssen. — Die Angeklagte verweist den Zeugen auf seine Widerprüche. Wenn er den Tarif nicht anerkannt hätte, wären ja die Mädchen heute gar nicht bei ihm beschäftigt. Unterschrieben hat er ihn nicht, denn er ist natürlich im Scharfmacherverband; aber der Tarif ist auch für ihn bindend, denn er wurde vom Buchdruckerverein abgeschlossen und er war beim Abschluß noch im Verein, hat ihn also auch bis zum Ablauf zu halten. Kay sei der einzige Prinzipal am Orte, der den Hilfsarbeiterintertarif nicht anerkennt.

Der Zeuge Lipp, Buchdruckereibesitzer hier, war Mitglied des Tariffschiedsgerichts und bekundet, das Schiedsgericht habe allerdings auf dem Standpunkt gestanden, daß Kay verpflichtet sei, den Tarif zu zahlen und die Anerkennung des Tarifes mit den Buchdruckergehilfen schließe auch die Anerkennung des Tarifes mit den Hilfsarbeiterinnen ein. — Zeuge Kay: Ich habe den Tarif nicht anerkannt; ich habe damals erklärt: diese... — Ich hätte mich beinahe unparlamentarisch ausgedrückt — mache ich nicht mit. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß ich Herr in meinem Hause bleiben will.

Die drei Arbeiterinnen, welche trotz der an sie ergangenen Aufforderung, die Druckerei zu verlassen, in derselben stehen blieben und aus dem Verband austraten, werden darüber vernommen, ob die Behauptung der Angeklagten, Herr Kay habe sie zum Austritt berebet, auf Wahrheit beruhe, und ob sie die auch mündlich am Abend nach der Zustellung des Zirkulars gemachte Weigerung der Angeklagten, sie kämen bei einer Weigerung, in den Streit zu treten, als Streikbrecher in die „Volkstimme“ als eine Beleidigung empfunden hätten. — Zeugin Emilie Konz: Ich sagte das als Beleidigung auf. — Angekl.: Haben Sie nicht gesagt, Sie machten sich eine Ehre daraus, wenn Sie in die „Volkstimme“ kommen? — Zeugin: Das habe ich aus Lumperei gesagt. — Vert. Dr. Gutmann-Frant: Das ist doch etwas ganz an-

veres, als was Sie zuerst gesagt haben. Es war Ihnen also einerlei. — Die Katharina Fiedenstein bekundet, sie sei stehen geblieben, weil die anderen, länger im Geschäft tätig gewesenen Arbeiterinnen auch stehen geblieben seien. Sie kann sich nicht mehr daran erinnern, daß die Frau Stolz zu ihr gesagt hat, Herr Kay habe zu ihrem Manne geäußert: Nun habe ich sie so weit, daß sie aus dem Verbands ausgetreten sind; nun sollte auch Ihre Frau dem Hilfsarbeiterinnenverband fernbleiben. — Der Vater der Charlotte Stefan ist selber organisiert und riet seiner Tochter, sie solle aus dem Verbands austreten, es habe für sie keinen Zweck. Auch sie fühlte sich, wie die beiden andern Zeuginnen, beleidigt durch die Drohung, sie käme in die „Volksstimme“. Keine will durch Kay zum Austritt bewogen worden sein.

Der Amtsanwalt beantragt auf Grund der Beweisannahme die Bestrafung der Angeklagten wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung; bezüglich der Anklage der Nötigung stellt er das Urteil in das Ermessen des Gerichts.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Gutmann (Frank) verweist darauf, die Angeklagte habe nach ihrer eigenen Behauptung gar nicht die Absicht gehabt, ihre Äußerung in die Tat umzusetzen, die Veröffentlichung sei tatsächlich unabhängig von dieser Äußerung erst später erfolgt. Der Schwerpunkt sei darauf zu legen, daß die Angeklagte der festen Ueberzeugung war, daß Kay den Tarif anerkannt hat; es habe ihr das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ihres Tuns gefehlt und sie sei darum auch von der Anklage der Nötigung freizusprechen. Besonders mißverstehe alle ins Gewicht daß die Angeklagte sich nicht allein berechtigt, sondern sich auch durchaus für verpflichtet gehalten hat, als Vorsitzende ihrer Organisation energisch vorzugehen.

Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu der Mindeststrafe von einem Tag Gefängnis, da sie noch nicht vorbestraft ist und ihr Milderungsgründe in weitestem Maße zur Seite standen. Die Angeklagte habe aus lauterem edlen Motiven gehandelt, sie hat geglaubt, ihren Kolleginnen bessere Lebensverhältnisse schaffen zu müssen. Andererseits hat sie aber gegen die Bestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung verstoßen und mußte darum bestraft werden. Nicht dagegen war das Gericht der Ueberzeugung, daß sich die Angeklagte einer Nötigung schuldig gemacht hat, da der Angeklagten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungen fehlte und weil die Angeklagte es für ihre Pflicht gehalten hat, so zu handeln.

Herr Alfred Kay hat also einen „Sieg“ erstritten, für den ihm wohl alle „Herren im Hause“ Dank wissen werden.

Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß unsere Funktionäre dafür ins Gefängnis wandern müssen, wenn die „Geschlossenheit und Disziplin“ unter den Buchdruckerbesitzern manches bedeutliche Loch aufzuweisen hat. Öffentlich wird diesem Herrn Kay noch in ganz „parlamentarischer“ Form beigebracht, wie er sich innerhalb einer Tarifgemeinschaft zu bewegen hat. Es kommt eine Zeit — — —

**Arbeitseinstellung der Buchbinder.** In der Großbuchbinderei von Georg Schäfer in Magdeburg haben die Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten!

Die neue Arbeitsordnung eine Beleidigung der Unternehmer. Ein Steinschleifer bei der lithographischen Anstalt von Hesse in Fürth bezeichnete die neue Arbeitsordnung mit dem Ausdruck „Zuchttauseparaphen“. Der Werkmeister, der das hörte, hinterbrachte das dem Prinzipal und der Arbeiter beharrte auch diesem gegenüber auf seiner Meinung. Die Folge war plötzliche Entlassung und eine Klage vor dem Gewerbegericht Fürth auf Einhaltung der Kündigungsfrist. Der Prinzipal wehrte sich dagegen; er sagte, die Benennung der neuen Arbeitsordnung als Zuchttauseparaphen sei eine Beleidigung für ihn und er deshalb zur kündigungsfreien Entlassung berechtigt. Dieses übertriebene Ehrgefühl ironisierte der Vorsitzende des Gewerbegerichts, indem er als Gegenstück anführte, die Arbeiter könnten sich ebenso gut zur sofortigen Lösung eines Arbeitsverhältnisses berechtigt glauben, wenn ihnen der Unternehmer sage, sie wollten Arbeitsverhältnisse wie im Scharaffenland. Würden die Arbeiter eine Arbeitsordnung wünschen, welche vorsieht, daß nach jeder Stunde Arbeit eine halbe Stunde Pause eintritt, und der Unternehmer würde das als eine Arbeitsordnung für das Scharaffenland bezeichnen, so würde daraus kein

Unternehmer den Arbeitern das Recht auf sofortige Lösung des Arbeitsverhältnisses einräumen. Da Herr Hesse zu einem gutwilligen Ausgleich der Klage nicht bereit war, wurde er verurteilt, für die Kündigungsfrist die eingeklagte Entschädigungssumme zu zahlen.

**Mitgliederzahlen der Gewerkschaften vom Jahre 1909.** Das Correspondenzblatt der Generalkommission kam in seiner neuesten Nummer einen Ueberblick über die zu erwartenden Mitgliederzahlen der freien Verbände für das Jahr 1909 geben. Wir lesen daselbst:

„Nach den vergleichenden Ziffern von 38 Gewerkschaften vom Schlusse des 3. Quartals 1909, die insgesamt 1 418 283 Mitglieder zählen, ist der Rückgang auf gewerkschaftlichem Gebiete im wesentlichen als überwunden zu betrachten. Diese Gewerkschaften zählten Ende September 1908 1 409 051 Mitglieder. Der Vergleich dieser Zahlen ergibt eine Zunahme von 9032. Von 3 weiteren Verbänden liegen noch vergleichbare Ziffern vom Ende des 2. Quartals vor; hier wurden Ende Juni 1908 65 493, dagegen Ende Juni 1909 67 151 Mitglieder gezählt, was einer Zunahme von 1658 entspricht. Insgesamt 41 Verbände haben danach binnen Jahresfrist um 10 890 Mitglieder zugenommen. Da diese Verbände 1908 (3. Quartal) 80,6 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder repräsentieren, so können wir für die gesamten Gewerkschaften für das Jahr 1909 mit einem Zuwachs von etwa 13 500 Mitgliedern rechnen. Es ist indes zu hoffen, daß die Gewerkschaften, deren Abrechnungen ausstehen, günstige Ergebnisse mitteilen können, sowie ferner, daß die Zunahme vom Jahreschlusse 1908 bis zum Jahreschlusse 1909 die aufsteigende Entwicklung noch schärfer hervor treten lassen wird.“

Ist dieser Zuwachs vorerst auch noch gering, so bildet er doch ein untrügliches Zeichen dafür, daß es wieder vorwärts geht. Dies geht auch aus der Tatsache hervor, daß es nicht bloss einzelne Gewerkschaften sind, die an dem Aufschwunge teilnehmen, sondern die Mehrzahl; von den 41 Verbänden, deren Angaben wir verwerthen konnten, weisen 25 eine Zunahme und nur 16 eine Abnahme an Mitgliedern auf. Wir sind also über den toten Punkt hinweggelangt und nun werden sich mit dem neuen Regen aller Kräfte auch unsere Reihen wie früher füllen und eine neue Periode gewerkschaftlicher Erfolge ihren Einzug halten.“

**K K Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und die neuen Steuern.** Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie glaubt die von den Machern der neuen „Finanzreform“ sehr unangenehme Erregung der Verbraucher dadurch etwas beschwichtigen zu können, daß er in einem illustrierten Flugblatt „auf Grund des zuverlässigsten wissenschaftlichen Materials“ die neuen Steuern zu erklären sucht. Veranlassung dazu hat ihm das von der Sozialdemokratie verbreitete Flugblatt gegeben, das in drastischer Weise die Wirkungen der neuen Steuern bildlich veranschaulicht. Der Reichsverband nennt das einen „unerhörten Volksbetrug“ und rechnet in seinem Flugblatt vor, wie die Verteuerung durch die neuen Steuern nach „wissenschaftlicher“ Methode wirkt. Nach dieser Berechnung wird ein halber Liter Bier nur um  $\frac{1}{10}$  Pfennig verteuert, so „daß weder eine Erhöhung des Ausschankpreises noch eine Verkleinerung der Gläser durch die neue Steuer bedingt ist, daß vielmehr schon der beim Ausschank reichlich gelieferte Schaum einen vollen Ertrag für die alte und neue Besteuerung gibt“. Verteuert würde durch die neuen Steuern Schnaps nur um zehn Prozent, die Tasse Kaffee nur um  $\frac{1}{100}$  Pfennig, die Fünfpfennigzigarre nur um 0,24 Pfennig, die Zehnspfennigzigarre nur um 0,88 Pfennig und die Schachtel Streichhölzer nur um 1½ Pfennig. Die Streichholzsteuer „soll im Jahre 25 Millionen Mark bringen, demnach im Jahre 39 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung, also noch keinen Pfennig in der Woche!“

Für die Verbraucher haben diese nach „zuverlässigster wissenschaftlicher“ Methode ausgeführten Berechnungen auch nicht den geringsten Wert, da sie die durch die Zwischenhändler und Produzenten bewirkten Aufschläge ohne Berücksichtigung lassen. Die Parixi rechnet nicht mit halben und hundertstel Pfennigen. Nach der Rechnung des Reichsverbandes stellt sich die Verteuerung des Bieres pro Hektoliter auf 1,35 Mk., dabei haben zahlreiche Brauereien den Preis bis um 4 Mk. hinaufgeschraubt. Die Spirituosenerzeuger haben nicht nur 10 Prozent, sondern 40 Prozent aufgeschlagen. Ebenso nehmen die Kaffeebauher nicht  $\frac{1}{100}$  Pfennig, sondern 3 Pfennig für die Tasse Kaffee; die Fünfpfennig-

zigarre wird um einen Pfennig, die Zehnspfennigzigarre um zwei Pfennig teurer verkauft; Streichhölzer kosten nicht 25 Pfennig, sondern 30 Pfennig. Uebrigens wirkt der in dem Flugblatt des Reichsverbandes zum Ausdruck gebrachte Unwille über die Verteuerung durch Zwischenhandel und Produzenten nur komisch, denn die Steuern sind doch eben mit der Absicht der Abwälzung auf die Masse der Verbraucher gemacht worden. Dabei ist allerdings die Preisabrundung nach oben vielfach etwas sehr hoch geworden. Bestände eine stärkere Konsumgenossenschaftsbewegung, so wäre dem Zwischenhandel und den Produzenten die ungebührliche Verteuerung allerdings nicht gegliedert. Leider trägt aber gerade der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nach Kräften zur Diskreditierung der Konsumgenossenschaftsbewegung bei, wobei er aus politischen Gründen die wirtschaftlichen Gegner der Konsumvereine an niedriger Kampfweise noch überbietet.

**Bohloft gegen die amerikanische Butterid-Company.** Kürzlich durch die Partei- und Gewerkschaftspresse eine Notiz, die zum Bohloft der Erzeugnisse der Butterid-Comp.-Modejournale usw. aufforderte. Um nun diesen Bohloft besonders in Frankreich, wo diese Firma ihr Hauptabgabegbiet hat, recht wirksam zu machen, hat der amerikanische Buchdruckerverband einen besonderen Delegierten, E. M. Martin, nach Frankreich entsandt. Der Kampf gegen diese Firma soll immer schärfer geführt werden, bis sie die gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihr nach Tausenden zählendes Personal bewilligt.

**Aus der Schweiz.** Für den dem Verbands der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe der Schweiz angeschlossenen Unterband der Papier-, Kartonagen-, Holzstoff- und Cellulosefabrikarbeiter ist aus der Sektion Wiberist ein besonderer Gruppenvorstand gebildet worden, an dessen Spitze der Präsident Adolf Serri in Wiberist steht. Das Verbandsorgan, das bisher den Namen „Graphischer Hilfsarbeiter“ führte, wurde mit 1. Januar 1910 in „Der Papierarbeiter“ umgetauft.

## Versammlungskalender.

**Erfurt.** Monatsversammlung am 19. Januar 1910 um 8½ Uhr abends im „Lübke“. Tagesordnung: Abrechnung vom 4. Quartal. Mitgliedsbucher sind mitzubringen wegen Zurückstattung des Lokalbeitrags.

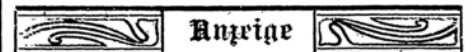
**Frankfurt a. M.** Sonntag, den 23. Januar 1910, um 3 Uhr nachmittags Versammlung im Gewerkschaftshaus, Schwimmbad 8, II. Kolleg 8 und 9. Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Kassenbericht. 3. Situationsbericht über die Tarifaufhebung in Frankfurt a. M. 4. Verschiedenes.

## Adressenveränderungen.

**Liegnitz.**  
Kassierer: Paul Scholz, Frauenstr. 26 I.

## Briefkasten.

**G. Sp. Liegnitz.** Da wir Adressenänderungen nicht auf 3 Monate vornotieren können, bitten wir zur gegebenen Zeit um nochmalige Mitteilung. Mannheim. Bericht ist für diese Nummer zu spät eingegangen.



## Achtung! Halle a. S. Achtung!

Die Kollegen und Kolleginnen werden er sucht, sich recht zahlreich an dem am Sonnabend, den 22. Januar 1910, abends 8 Uhr, im Konzerthaus, Karlstraße, stattfindenden Winter-Vergnügen mit Theatervorstellung und Tanz zu beteiligen.

Die Bibliothek befindet sich im Restaurant „Drei Könige“ (Streicher), Gr. Klausstraße und Volkspark. Die Bücherausgabe findet jeden Sonntag statt. Zur zahlreichen Benützung ladet ein  
Die Verwaltung.